

Von der Anwärtschaft zum Lehrersein – der lange Weg zur Festanstellung

Ich bin Lehrerin für die Fächer Deutsch und Englisch für das Gymnasium und habe meine Anwärtschaft im Januar 2021 im SSA Ost abgeschlossen. Das heißt, ich habe mich bereits im Herbst 2020 darum gekümmert, mich zu bewerben. Zu diesem Zeitpunkt war ich noch recht früh dran und dadurch eine der Ersten. Das sieht man z. B. daran, dass die Stellenausschreibungen fürs Gymnasium, die man online auch einsehen kann, zu diesem Zeitpunkt noch nahezu leer waren, bis auf kurzfristige befristete Stellen, wie zum Beispiel Elternzeitvertretungen. An anderen Schulformen ist der Lehrermangel etwas größer, das heißt, dort wird laufend aktualisiert. Aber bei Gymnasien füllt sich meist erst kurz vor der Stellenvergabe die Liste an offenen Stellen.

Die Bewerbung habe ich also abgeschickt, ohne eine Stelle direkt im Blick zu haben. Ich wollte früh dran sein und mich zeitnah kümmern. Dazu habe ich die Online-Bewerbung ausgefüllt, was auch ganz einfach war. Zwar muss man es danach nochmals per Post senden, aber schwer ist es nicht. Neben der Schulart, den Fächern, dem Zeitmodell, den Schulämtern muss man sich nur noch für befristete oder unbefristete Stellen entscheiden.

Ich selbst habe alle fünf Schulämter angegeben. Früh war schon klar, dass meine Ausbildungsschule mich nicht übernehmen kann. Mein Eindruck war, dass meine Schule zu dem Zeitpunkt etwas ungeschickt mit der Personallage war, was auch schon bei vorigen Anwärtern deutlich erkennbar wurde. Obwohl der Bedarf sichtlich da war, ich meine Klassen von Beginn des Vorbereitungsdienstes an alleinverantwortlich übernommen habe, ich kaum aktive oder passive Hospitationen hatte, weil es die Personallage nicht ermöglichte, und ich bedarfsdeckend eingesetzt wurde, wurde bereits frühzeitig von meiner Ausbildungsschule kommuniziert, dass sie mich nicht behalten können. „Nein, wir haben keine Stellen“, war die Antwort der Schulleitung vor Beginn meines Bewerbungsprozesses. Also habe ich dann angefangen, Schulen direkt anzuschreiben, ob die Möglichkeit des Einsatzes nach dem Vorbereitungsdienst besteht. Allerdings hatte ich kaum Rückmeldungen bekommen, was wahrscheinlich auch an der Pandemie lag. Deshalb habe ich mich dann sehr schnell entschieden, dass ich meine Bewerbungsbestre-

bungen doch eher mit den Schulämtern klären muss und die Schulen kaum einbeziehen sollte.

Ich habe mich also bei allen fünf Schulämtern beworben. Bereits im Herbst hatte ich dann ziemlich schnell aus Mitte, Süd und Westthüringen Stellenangebote erhalten, überwiegend auch unbefristet, was ich sehr attraktiv fand. Ostthüringen hatte sich nicht gemeldet. Als ich dann im November anrief, wurde mir gesagt, dass das Schulamt Ost mit der Planung noch nicht begonnen habe und ich später anrufen solle. Also habe ich im Dezember erneut angerufen. Obwohl ich aus anderen Schulämtern bereits zwei attraktive Angebote erhalten hatte, wollte ich gern die Chance genutzt wissen, in Ost eine Stelle zu bekommen, weil ich mir vorstellen konnte, in der Nähe zu bleiben – ohne erneuten Umzug. Allerdings sagte man mir in Ost dann auch im Dezember, dass für meine Fächer keinerlei Bedarf bestehe und überhaupt für das Gymnasium lediglich eine Handvoll Lehrer:innen unbefristet eingestellt würde. Nach befristeten Stellen habe ich gar nicht mehr gefragt, weil das Angebot für unbefristete Stellen aus anderen Schulämtern ja vorlag. Das fand ich sehr irritierend, weil ich auch durch das Studienseminar diverse Kontakte zu Schulen in Ost hatte, und es war überall ganz offensichtlich, dass es großen Mangel gab, dass die Schulen zu wenig Personal hatten und dass sie Nachwuchs benötigten. Insgesamt fand ich es sehr merkwürdig und widersprüchlich, dass es mit zwei Hauptfächern keinerlei Angebot geben sollte und dass in ganz Ostthüringen nur fünf oder sechs unbefristete Stellen ausgeschrieben werden sollten. Das hat mich sehr verwundert, ebenso wie die Art und Weise der Schulamtsaussage: „Nein, Ihre Fächer haben wir nicht, dann gehen Sie lieber woandershin.“ Das spiegelte nicht meine Erfahrungen wider.

Es gab also nicht nur hinsichtlich der Schnelligkeit der Reaktionen, sondern auch in der Kommunikation große Unterschiede. Während die Schulämter Süd, Mitte und West auf mich zugekommen sind, musste ich in Ost Klinken putzen und dabei den Eindruck gewinnen, dass man nicht bemüht war, mich zu halten. Es schien kein Interesse daran zu bestehen, dass ich dort bleibe. Ende Januar kam dann eine Meldung aus Ost, allerdings hatte ich da schon einen festen Vertrag in Mitte unterschrie-

ben, der zum zweiten Halbjahr begann, sowie meinen Umzug geplant.

In der letzten Januarwoche habe ich zwei Angebote bekommen, wovon eines von einem verzweifelten Schulleiter kam, der im Schulamt meinte: „Schicken Sie mir alle Nummern von allen Bewerbungen, die Sie bekommen haben. Die Fächer sind egal.“ Dann hat er die Leute durchtelefoniert, worunter auch ich mit meinen beiden Hauptfächern war. Der Schulleiter bekniete mich, an seine Schule zu kommen. Und obwohl ich ihm sagte, dass ich eine Stelle schon angenommen hatte, versuchte er alles, mich zu überzeugen. Er wirkte fast verzweifelt.

Ich dachte damals nur, dass es ja offensichtlich doch Bedarf in Ost gibt. Und er hatte mir auch eine unbefristete Stelle angeboten, aber das Schulamt Ost hat es so weit kommen lassen, dass eine Woche vor dem 1. Februar 2021 ein Schulleiter verzweifelt privat Leute anruft, um sie zu bitten, dass – unabhängig der Fächer – Lehrer zu ihm an die Schule kommen. Da muss ich sagen, dass ich sehr enttäuscht ob dieser Personalplanung bin. Als Bewerberin, die sich zeitnah bewirbt, fange ich doch nicht erst eine Woche vor Arbeitsbeginn an, mir zu über-

legen, wo ich arbeiten will. Es ist doch logisch, dass ich mir nicht erst in der letzten Januarwoche Gedanken mache, wie ich ab Februar meinen Lebensunterhalt verdienen möchte. Und ich bin nicht stark gebunden mit Kindern oder Haus, wo ich ein geregeltes Einkommen noch wesentlich stärker im Blick haben muss. Ungefähr zur selben Zeit hat sich dann meine Ausbildungsschule überlegt, dass es doch die Möglichkeit gäbe, mich für circa ein halbes Jahr befristet zu behalten. Es fiel auch der Satz: „Wir wissen gar nicht, was wir mit den Klassen machen sollen, wenn Sie weg sind.“ Ich erinnerte noch einmal daran, dass ich meine Klassen bedarfsdeckend von Anfang an unterrichtet hatte. Und da kam man mir dann mit dieser Halbjahreslösung entgegen?

Seit Anfang Juni hat meine Ausbildungsschule nun meine Fächerkombination auch offiziell ausgeschrieben, weil sie nicht weiß, wie sie den Unterricht abdecken soll. Wäre ihr das ein bisschen früher eingefallen, hätte ich dort einfach bleiben können. Aber die Schulleitung und das Schulamt haben das mit dem Bewerbungsverfahren nicht so richtig gemeistert.

Maria

VBE-Jugend mit den VBE-Senioren im Gespräch zum Thema Generationengerechtigkeit

Am 11. August 2021 fand im zweiten Anlauf die seit langem geplante Gesprächsrunde der Jugend- und Seniorenvertretungen in Anwesenheit des VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann und der Vorsitzenden der VBE-Frauenvertretung in einem Online-Meeting statt. Anlass dazu waren zwei Positionspapiere, die von der dbb

jugend bund erarbeitet worden waren. Inhalt dieser Papiere ist einmal die Auseinandersetzung mit den Folgen des demografischen Wandels und die Auswirkungen auf die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Zum anderen werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie eine überproportionale Belastung der jüngeren Generationen vermieden werden könne. Unter dem gleichen Blickwinkel werden die Zukunft des öffentlichen Dienstes und die Bewältigung der beamtenrechtlichen Versorgungslasten kritisch beleuchtet.

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass hier der Gesetzgeber und die verantwortlichen politischen Parteien gefordert sind. Man war sich bewusst, dass nur auf diesem Weg die statistische Überzahl der Älteren und damit ihre stärkere „Wahlmacht“ angemessen eingeordnet werden könne. So fand auch die wesentliche Forderung der Jugend, dass jede Gesetzesvorlage von einem autorisierten Beirat auf die Generationengerechtigkeit überprüft werden müsse, einhellige Zustimmung. Zur Vermeidung von Altersarmut solle die gerade eingeführte Grundrente langfristig in eine umfassende Mindestrente überführt und die Betriebsrenten möglichst verpflichtend werden.

Gerhard Kurze, August 2021



Online-Meeting VBE-Jugend und VBE-Senioren in Anwesenheit des VBE-Bundesvorsitzenden Udo Beckmann und der Vorsitzenden des VBE-Frauen, Tanja Küsgens